



Der Sieger: Kostas Simitis

Foto Reuter

Simitis ruft die Pasok zu „Einheit und Nüchternheit“ auf Griechenlands Ministerpräsident jetzt auch Vorsitzender der Regierungspartei / Ende des Streits?

Bc. ATHEN, 1. Juli. Der griechische Ministerpräsident Simitis hat die Regierungspartei Pasok nach seinem Sieg bei der Wahl eines neuen Parteivorsitzenden zu „Einheit und Nüchternheit“ aufgerufen. Der sechzig Jahre alte Simitis, der Kandidat der Pragmatiker und Reformer in der „Panhellenischen Sozialistischen Bewegung“ (Pasok), wurde am Ende eines vier Tage dauernden, zum Teil tumultuarisch verlaufenen Parteitages mit knapper Mehrheit zum Nachfolger des am 2. Juni verstorbenen Parteigründers Papandreu gewählt. Er ist nach Papandreu der zweite Vorsitzende der Pasok, zu deren Gründungsmitgliedern er 1974, nach dem Sturz der Militärregierung, gehörte. Im Januar, nach dem Rücktritt des schwerkranken Papandreu vom Amt des Ministerpräsidenten, war er von der Par-

lamentsfraktion mit knapper Mehrheit zum Regierungschef Griechenlands gewählt worden.

Simitis hatte am ersten Tag des Parteikongresses angekündigt, er werde als Ministerpräsident zurücktreten, falls die mehr als 5000 Delegierten ihn nicht zum Parteivorsitzenden wählten. Als Regierungspartei könne es sich die Pasok nicht leisten, „zwei Machtpole“ zu haben, die einander neutralisierten. Für Simitis votierten am Sonntag abend 2732 Delegierte (53 Prozent der 5111 abgegebenen Stimmen). Sein Gegenkandidat, Innenminister Tsochatzopoulos, früher Parteisekretär und einer der getreuen Gehilfen Papandreous, erhielt 2324 Stimmen. In einer kurzen Ansprache nach seiner Wahl sagte Simitis, es habe zwischen ihm und Tsochatzopoulos kein Duell stattgefunden,

wie manche es dargestellt hätten. Es gebe weder Sieger noch Besiegte. Die Pasok begeben sich nun gemeinsam auf einen „neuen Kurs“ der Einheit und Nüchternheit. Tsochatzopoulos beglückwünschte Simitis zu seinem Wahlsieg und sagte, die Entscheidung des Parteitages sei bindend für alle.

Über die Vorschläge, einen oder drei stellvertretende Parteivorsitzende zu wählen, stimmte der Parteitag nicht ab. Statt dessen wurde ein Politisches Sekretariat geschaffen, dem der Parteivorsitzende, der Ministerpräsident, der Parlamentspräsident, der Sekretär des Zentralkomitees und drei Mitglieder des Parteivorstandes angehören. Neben dem Parteivorstand wählte der Parteitag auch die insgesamt 150 Mitglieder des Pasok-Zentralkomitees.

Festnahme Karadžićs gefordert

E.L. DEN HAAG, 1. Juli. Die sofortige Festnahme der vom Kriegsverbrecher-Tribunal der Vereinten Nationen (UN) für das ehemalige Jugoslawien angeklagten Personen und ihre Überstellung zur Aburteilung an das Haager Gericht haben mehr als hundert Menschenrechtsorganisationen und fast neunzig namhafte Personen aus zahlreichen Ländern in einem Aufruf an die europäischen Staats- und Regierungschefs und an den amerikanischen Präsidenten Clinton gefordert. Darin wird namentlich die Festnahme der beiden Führer der bosnischen Serben, Karadžić und Mladić, verlangt. In dem von der Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch/Helsinki“ (HRW/H) initiierten Schreiben heißt es an die Adressaten, sie sollten ihre Führerschaft demonstrieren, indem sie die sofortige Festnahme der Kriegsverbrecher und deren Auslieferung nach Den Haag sicherstellen.

Zugleich wird darauf hingewiesen, daß fast ein Jahr nach dem Massaker in der UN-Schutzzone Srebrenica die Männer, die für die Tötung und das Verschwinden von etwa 8000 Muslimen verantwortlich seien, sich noch immer „nicht nur ihrer Freiheit, sondern auch ihrer Macht“ erfreuten. „Die andauernde Anwesenheit in Bosnien von Radovan Karadžić und Ratko Mladić und anderer Kriegsverbrecher vergiftet den Friedensprozeß, bedroht die bevorstehenden Wahlen und untergräbt die Autorität und Lebensfähigkeit des Internationalen Kriegsverbrecher-Tribunals für das frühere Jugoslawien. Entschieden Handeln ist notwendig, bevor wichtige Fortschritte des vergangenen Jahres verlorengehen.“ Es stehe außer Frage, heißt es in dem Schreiben, daß die Friedensstruppe Ifor zur aktiven Unterstützung des Tribunals ermächtigt sei. Die Resolution 1031 des UN-Sicherheitsrates beauftragte Ifor mit der Verwirklichung des Dayton-Abkommens.

Zu den das HRW/H-Schreiben unterzeichneten Menschenrechtsorganisationen gehören unter anderem das Abo Akademi Institute for Human Rights in Finnland, das American Jewish Committee, die Humanistische Union in Deutschland, die Coalition for Intervention Against Genocide und die Alliance to defend Bosnia-Herzegovina in Schottland. Ferner trägt der Brief die Unterschrift des früheren französischen Präsidenten Giscard d'Estaing, des ehemaligen französischen Premierministers Rocard sowie des früheren polnischen Ministerpräsidenten und späteren Menschenrechts-Sonderbeauftragten für das frühere Jugoslawien, Mazowiecki, der im Juli 1995 aus Protest gegen die Unentschlossenheit des Westens bei der Eroberung Srebrenicas zurückgetreten war.

Enthüllungen über Referendum von 1946

Viele Polen wollten weder die Westgrenze noch die Bodenreform

M.L. WARSCHAU, 1. Juli. Daß bei der Volksabstimmung in Polen vor einem halben Jahrhundert in großem Stil gefälscht worden war, wußte man seit langem. Damals, am 30. Juni 1946, war es um die neue Westgrenze an der Oder und Lausitzer Neiße, um die Verstaatlichung der Industrie und die Bodenreform und um die Frage gegangen, ob das Parlament weiterhin aus zwei Kammern bestehen solle. Durch einen Zufallsfund im Warschauer Hauptarchiv war man der Wahrheit über das Ausmaß des Betrugs schon vor einigen Jahren ein Stück näher gekommen. Ungewißheiten, auch über die Methoden der Fälscher, blieben aber zuhauf. Der fünfzigste Jahrestag bot den Polen Gelegenheit, noch einmal zurückzuschauen auf die Ereignisse, in die ein Russe dieser Tage mehr Licht gebracht hat.

Die sowjetischen Freunde fälschten fleißig mit

Der Warschauer Historiker Paczkowski hatte Anfang der neunziger Jahre unter den Papieren, die der „polnische Stalin“, Parteichef Boleslaw Bierut, hinterlassen hat, Aufzeichnungen entdeckt, in denen die Kommunisten ihr Fiasko an den Wahlen eingestanden und sogar genau beziffert hatten. Die Zustimmung der Bevölkerung zu den Wahlempfehlungen der Kommunisten im Referendum war demnach im Durchschnitt rund 30 Prozent geringer, als das amtliche Ergebnis vorgespiegelt hatte. Statt der offiziell mitgeteilten 68,2 Prozent wollten nur 26,9 Prozent der Polen hinfort auf die zweite Kammer des Parlaments verzichten. Für die neue Grenzziehung im Westen sprachen sich nicht 91,4 Prozent der Bevölkerung, sondern nur 66,9 aus. Die Bodenreform fand nicht die Zustimmung von 77,1 Prozent der stimmberechtigten Bürger, sondern wurde nur von 42 Prozent gebilligt.

Zwei Warschauer Zeitungen haben zum Jahrestag des gefälschten Referendums jetzt die Untersuchung des Russen Nikita Petrow vorgestellt, der Mitglied einer Kommission war, die sich mit der Übernahme von Archivbeständen aus dem Fundus der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und des KGB durch staatliche Stellen befaßt hatte. Bei seinen Recherchen habe Petrow entdeckt, daß die Fälschungen keineswegs nur auf das Konto der vom Wahlverhalten ihrer Landsleute schockierten polnischen Genossen gingen, sondern von langer Hand und in Absprache mit Moskau vorbereitet worden waren. Aus einem Bericht an

Stalin gehe hervor, daß Beamte der selbständigen Abteilung „D“ des damaligen sowjetischen Ministeriums für Staatssicherheit unter Leitung von Oberst Palkin damit beauftragt worden waren, die Volksabstimmung im Sinne der Kommunisten zu fälschen. Angesichts der Lage in Polen hatten diese nämlich allen Grund, an einem Sieg zu zweifeln.

„Volksdemokratische“ Abstimmungsergebnisse von 99 Prozent Zustimmung zu den Wahlempfehlungen der Kommunisten, die zur Abschaffung der zweiten Parlamentskammer, zur Billigung der Grenze an der Oder und Neiße, der Verstaatlichung der Industrie und der Bodenreform aufgerufen hatten, lagen ohnehin außerhalb der politischen Möglichkeiten der neuen Herren. Denn die Kommunisten hatten sich in ihrer eigenen Taktik verheddert, indem sie einerseits Fragen zur Abstimmung stellten, bei denen sie durchaus auf Zustimmung zählen konnten, andererseits aber die Volksabstimmung dazu benutzten, die von den Alliierten geforderten freien Wahlen zu verzögern, und in ihrer Propaganda die Volksabstimmung zum Votum für die „neue Ordnung“ hochstilisierten. Da die ganze Welt davon wußte, daß diese Zustimmung in der Bevölkerung nicht eben groß war, ging es bei den Fälschungen darum, den „Sieg“ wenigstens einigermaßen „realistisch“ erscheinen zu lassen.

Bierut und Gomulka wußten Bescheid

Petrow zufolge wurde das genaue Vorgehen während eines Treffens der sowjetischen Spezialisten mit den hohen polnischen Parteifunktionären Bierut und Gomulka eine Woche vor der Volksabstimmung besprochen. Dementsprechend handelte man: die Originalprotokolle der Wahlausschüsse wurden vom polnischen Ministerium für Öffentliche Sicherheit an die sowjetischen Fälscher weitergereicht und dort nach Gutdünken gefälscht oder völlig neu geschrieben. Dieselbe Mannschaft trat ein Jahr später wieder in Aktion, als sich Parlamentswahlen nicht mehr weiter hinausschieben ließen. 1947 sollte sich die Lektion des Referendums bestätigen, welche die „Gazeta Wyborcza“ 50 Jahre später folgendermaßen formulierte: Den Kommunisten sei damals endgültig klageworden, daß sie im Volk nur wenig Zustimmung fanden. Die Gesellschaft habe hingegen erkennen müssen, daß die in Wahlen ausgesprochene Ablehnung des kommunistischen Systems an den Machtverhältnissen nicht das geringste zu ändern vermochte.